

Stadtrat

Protokoll

SR-Nr: 3. Stadtratssitzung
Datum SR-Sitzung: 13. Mai 2024
Beginn: 19:00 Uhr
Schluss: 21:20 Uhr
Ort: Gemeindesaal (2. Stock), Kirchbühl 23, Burgdorf

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 18 und 19 vom 2. und 10. Mai 2024 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadtrates und Gemeinderates wurden zudem per Mail über die Aufschaltung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen informiert und zur Sitzung eingeladen.

Teilnehmende:

Stadtratspräsidentin	Anette Vogt
Stimmzähler	Urs Wüthrich, Walter Bangerter
Mitglieder des Stadtrates	Roger Aebi, Carmen Baumeler, Debra Marti, Urs Wüthrich, Walter Bangerter, Damaris Hauser, Jürg Grimm, Franziska Maurer Roschi, René Marti, Annemarie Althaus-Zingg, Ian Thompson, Jürg Kämpf, Fabian Käsermann, Esther Liechti-Lanz, Gabriela Bannwart, Adrian Merz, Ulrich von Känel, Sybille Zingg Righetti, Barbara Lüthi-Kohler, Viktoria Müller, Beryll Veraguth, Marc Bracher, Adrian Merz, Philipp Schärf, Miriam Hosner-Abbühl, Shana Kuster, Simon Reusser, Karin Karrer-Siegenthaler, David Hirschi, Tanja Blume, Claudia Fankhauser, Jonas von Allmen, Mirjam Kalbermatten-Wüthrich, Hermann Dür, Elias Maier, Christian Heding, Pascal Hebeisen
Entschuldigt	Peter Hauser, Manfred Schaffer
Stadtpräsident	Stefan Berger
Mitglieder des Gemeinderates	Theophil Bucher, Charlotte Gübeli, Beatrice Kuster Müller, Christoph Grimm, Peter von Arb
Entschuldigt	Francesco Rappa

Stadtschreiber	Stefan Ghioldi
Auskunftsperson	-
Protokoll	Brigitte Henzi

Traktanden:

- Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 18.3.2024	3
- Informationen der Stadtratspräsidentin	3
- Informationen aus dem Gemeinderat	4
- Orientierung; Klimastrategie	6
- Reorganisation Zivilschutz Region Burgdorf ZSO Futura ÄMME BE	8
- Auftrag FDP-Fraktion betreffend Art. 26a Abs 2b „Keine überrissene Preise für Anwohnerparkkarten“	10
- Überparteilicher Auftrag GLP, Die Mitte, FDP und EVP betreffend Einführung von kostenbezogenen Kennzahlen für die Burgdorfer Verwaltung	12
- Auftrag glp betreffend Finanz Masterplan 2030	14
- Motion FDP-Fraktion betreffend Anpassung der GO: Senkung der Unterschriftenzahl für städtische Initiativen	16
- Motion Grüne Burgdorf betreffend Geschlechtseinträge in städtischen Formularen	17
- Postulat EVP Burgdorf betreffend zusätzliche Briefkasten für Stimmabgabe oder vorfrankierte Abstimmungscouverts	18
- Interpellation SVP/EDU-Fraktion betreffend Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit in den städtischen Budgetierungs- und Informationsprozessen	20
- Interpellation FDP-Fraktion betreffend Handhabung der Ausstandspflicht im Burgdorfer Gemeinderat	21
- Interpellation FDP-, Mitte-, SVP-EDU- und GLP-Fraktion betreffend SBB-Spartageskarten noch zeitgemäss und sinnvoll?	22
- Verschiedenes und Unvorhergesehenes	

Appell

Der durch den Stimmenzähler Bangerter Walter durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 38 Mitgliedern des Stadtrates (SR).

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Es erfolgen keine Änderungsanträge.

SRB: 2024-740 | Registratur-Nr. 1.7.1

Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 18.3.2024

Verhandlung

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig das Protokoll der Stadtratssitzung vom 18. März 2024.

SRB: 2024-741 | Registratur-Nr. 1.7.1

Informationen der Stadtratspräsidentin

Verhandlung

Stadtratspräsidentin Vogt Anette begrüsst die Anwesenden zur dritten Sitzung im Jahr 2024. Im Speziellen begrüsst sie als neue Mitglieder im SR Veraguth Beryll und Bracher Marc und wünscht ihnen viel Freude im Amt.

Die Vorsitzende informiert über die besuchten Anlässe. Am 19. März 2024 hat sie das Grusswort der Stadt Burgdorf an das Burgdorfer Gewerbe ausgerichtet, dies anlässlich der HV von Pro Burgdorf. Am 20. März 2024 hat sie an den Schweizerischen Mittelschulmeisterschaften im Unihockey in Burgdorf teilgenommen und hat die Frauenmannschaft angefeuert. Am 21. März 2024 hat das Frühlingsapéro vom Museum Schloss Burgdorf auf dem Schloss stattgefunden. Am 12. April 2024 hat sie in Oberburg am Theater "Die Schweizermacher" vom Theaterverein Oberburg teilgenommen. Am 26. April 2024 hat sie an der Industriennacht teilgenommen und viele Mitglieder des SR gesehen. Am 1. Mai 2024 hat sie an der 1. Mai-Feier in der Kulturhalle Sägegasse teilgenommen. Am 7. Mai 2024 hat sie die HV des Gemeinnützigen Frauenvereins besucht.

SRB: 2024-742 | Registratur-Nr. 1.7.1
Informationen aus dem Gemeinderat

Verhandlung

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice informiert über die Energiesparmassnahmen der Stadt Burgdorf. Die Zahlen werden geliefert, sobald diese vorliegen. Die Massnahmen greifen und so hat man die Energiepreise gut im Griff. Was sicher ein guter Prozess ist, dass die Leute im Alltag auf implementierte Art und Weise darauf aufmerksam gemacht wurden. Die Klimatisierungen in den öffentlichen Gebäuden werden so weit als möglich reduziert und eingeschränkt. Die Senkung der Temperatur um mindestens 2 Grad in den öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Verwaltungsgebäude, Kindergärten, Sportanlagen ist umgesetzt. Die Regulierung erfolgt wo immer möglich über das Danfoss-Handy. Die Heizkurve kann je nach Gebäude durch geschlossene Bürotüren weiter unterstützt werden. Der Richtwert beträgt maximal 19 bis 20 Grad in Büroräumen und 16 bis 18 Grad in Sporthallen. In Büros, die nicht oft gebraucht werden, wird auf 15 Grad reduziert. Das ist problemlos und wird von der Verwaltung umgesetzt. Die maximal mögliche Temperatursenkung ist auch immer eine Frage des Frostschutzes. Man geht jedoch in Garagen und Lagerhallen so tief wie möglich, damit es keine Schäden verursacht. Das Schliessen der Fenster und in der Nacht die Rollläden, wie auch am Wochenende, wird gut umgesetzt und ist eine elementare Verringerung der Wärme. Die Aufheizung des Warmwassers erfolgt konsequent nur während der Nacht. Die Verfügbarkeit des Warmwassers während dem Tag wird dadurch beschränkt, aber bis jetzt funktioniert es sehr gut. In den Dienstgebäuden wird auf eine Weihnachtsbeleuchtung verzichtet. Diese Massnahme schränkt nicht ein, ist aber ein Zeichen. Generell wird die Beleuchtung in Gängen und Korridoren reduziert. Es ist jedoch die Frage, ob diese öffentlich genutzt werden, weil beispielsweise ältere Leute schlechter sehen und es deshalb eine andere Beleuchtung benötigt. Optimiert werden auch die Bewegungsmelder in der Einstellung. Wenn Geräte ausfallen, werden konsequent, wenn immer möglich, Geräte der Klasse A3+ gekauft. Die Nutzung von eigenen Geräten wie Heizlüfter, Kühlschränke, Kaffeemaschinen und ähnliches wird nicht mehr erlaubt. Die Liftbenützung für gesunde und mobile Leute gehört der Vergangenheit an, es werden die Treppen benützt. Der Sonnenschutz wird durch Querstellen der Lamellen gemacht, damit es nicht dunkel wird und man das Licht anschalten muss. Es sind häufig kleine Sachen wie beispielsweise das Kippfenster. Es gibt viele tolle Massnahmen, die umgesetzt werden, um Energie einzusparen und Kosten zu sparen. Die Befindlichkeit muss positiv bleiben. Die Abstimmungen der Energiemassnahmen sind mit dem Gymnasium Burgdorf und der BZ Emme mit den Immobilien der Stadt Burgdorf vereinbart worden. Im öffentlichen Raum wurden ebenfalls Massnahmen umgesetzt wie die Abschaltung der Aussenbeleuchtung vom Kornhaus, ausgenommen beim Defibrillator. Ebenfalls die Abschaltung der Aussenbeleuchtung von öffentlichen und historischen Gebäuden. Im Moment wird noch die Reduktion der Weihnachtsbeleuchtung geprüft. Dabei geht es nicht nur um die der Stadt, sondern auch um die Weihnachtsbeleuchtung der Geschäfte. Dies erfolgt in Zusammenarbeit mit Pro Burgdorf. Eine weitere Massnahme ist die Abschaltung von Leuchtreklamen. Bei der Stadt Burgdorf ist es klar, es geht aber auch um stadtnahe Organisationen. Es ist wichtig, dass man mit allen Betroffenen im Dialog ist, weil das Klimaziel 2030 eigentlich für die Verwaltung gilt, aber offenbar auch Nachahmer findet. Die Energiethematik ist in Burgdorf angekommen und es sind gute Bedingungen vorhanden. Man hofft, dass es so weitergeht. Wenn jeder etwas macht und wir als Vorbilder gelten, kann das Ziel erreicht werden.

Stadtpräsident Berger Stefan verweist auf das Projekt der direktionsübergreifenden Arbeit. Die GPK hat die Verwaltung gerügt, dass man zu wenig direktionsübergreifend zusammenarbeitet. Das Projekt wurde am 1. März 2024 öffentlich gemacht, dabei geht es um ein Projekt auf dem Friedhof in Zusammenarbeit mit der Kultur und Stadtgrün. Es geht dabei darum, bei der Transformation des Friedhofs,

dieser zu einem Begegnungsort wird. Es wurde ein Kulturprojekt lanciert. Es sind 35 Bewerbungen für das Projekt eingetroffen. Es sind viele Burgdorfer Bewerbungen eingetroffen, aber über die Website sind auch internationale Bewerbungen aus San Francisco, Mallorca und Warschau eingetroffen. Heute hat die Jurierung stattgefunden, aber wer den Preis gewonnen hat, kann noch nicht gesagt werden. Die Vernissage findet zwischen dem 12. und 14. August 2024 statt. Das Projekt läuft bis am 30. Oktober 2024. Man hat direktionsübergreifend zusammengearbeitet. Man arbeitet immer wie mehr direktionsübergreifend zusammen, dies auch im Zusammenhang mit der Einführung des Prozessmanagements. Für den Bereich Stadtgrün und Herzog Kevin, Teamleiter Friedhof, war es Neuland, aber es hat Spass gemacht. Es war interessant zu sehen, wie die anderen Direktionen arbeiten. Es ist eine gute Geschichte und man ist gespannt, wen die Jury prämiert hat.

Gemeinderätin Gübeli Charlotte informiert, dass in der BZ vom 9. April 2024 ein Artikel über die Sozialdirektion erschienen ist. Anfangs April sind acht Kündigungen aus dem Bereich Sozialhilfe eingegangen. Mittlerweile haben zehn von fünfzehn im Bereich Sozialhilfe tätigen gekündigt, darunter auch die zwei Teamleitungen. Die Presse wurde offenbar von Mitarbeitenden über die Kündigungen und die allgemeine Unzufriedenheit im Bereich Sozialhilfe informiert. Von Wartburg Andreas, Leiter Sozialdirektion, und Gemeinderätin Gübeli Charlotte bedauern die Abgänge sehr, vor allem, weil es auch sehr langjährige Mitarbeiterinnen darunter hat. Warum ist es so weit gekommen? Nach der Krise im Bereich Kindes- und Erwachsenenschutz, als damals bis auf zwei Mitarbeitenden alle gekündigt hatten, ist man Dank der Interimsleitung und der konsequenten Weiterführung durch von Wartburg Andreas mittlerweile im Bereich Kindes- und Erwachsenenschutz sowie in der Administration sehr gut und stabil aufgestellt. Im letzten Jahr ist der Bereich Sozialhilfe in den Fokus gerückt. Dort werden die Anforderungen und Auflagen vom Kanton auch immer grösser und die Fälle immer komplexer. Im Hinblick auf das neue Fallführungssystem, das der Kanton plant ab 2026 einzuführen, braucht es generell einen Effort bei der Digitalisierung, damit der Übergang möglichst reibungslos gelingen kann. Die nötigen Projekte sind in der Geschäftsleitung der Sozialdirektion geplant und abgesehen worden. Bei der Umsetzung ist aber im Bereich Sozialhilfe immer wieder die Rückmeldung gekommen, zu viel und zu schnell. Die verschiedenen Projekte wurden neu terminiert und nach hinten geschoben, was natürlich auch einen Einfluss auf die anderen Bereiche hatte. Die im Sommer und Herbst 2023 verlangten Zwischenzugnisse waren natürlich eine Mahnung. Für von Wartburg Andreas und Gemeinderätin Gübeli Charlotte war es aber keine Option, im Hinblick auf die kommenden Herausforderungen, die dringend nötigen Projekte zu stoppen. Im Verlauf des Winters hat sich gezeigt, dass verschiedene Sozialarbeitende nicht konnten oder nicht wollten einen Teil der nötigen Weiterentwicklung zu sein. Anfang Jahr sind die ersten Kündigungen eingegangen. Glücklicherweise sind aber dreiviertel der Sozialdirektion mittlerweile sehr gut aufgestellt und man musste nicht befürchten, dass es zu einer generellen Krise wie im Jahr 2021 kommt. Sofort wurden alle Stellen ausgeschrieben. Es sind 13 Bewerbungen, darunter auch sehr gute, eingetroffen. Ende April konnten alle Stellen wiederbesetzt werden. Es ist noch eine temporäre Stelle von Juli bis September offen. Zudem ist die Stelle der Bereichsleitung Sozialhilfe noch ausgeschrieben. Die jetzige Stelleninhaberin bekommt im Sommer ihr zweites Kind und wird in einer anderen Funktion zurückkehren, weil sie ihr Pensum reduzieren möchte. Die Herausforderung der Sozialdirektion mit den neuen, zum Teil noch nicht so erfahrenen Mitarbeitenden während den ersten Monaten wird sein, sie gut zu begleiten und unterstützen, damit sie auch in Burgdorf bleiben. Die anderen Bereiche, Kindes- und Erwachsenenschutz und die Administration, haben ihre Hilfe angeboten. Die Administration kann gewisse Arbeiten befristet übernehmen. Im Grossen und Ganzen ist man sehr zuversichtlich, dass man die paar heiklen Übergangsmomente dank der Zusammenarbeit und Unterstützung von allen, gut überstehen und man dieses Mal keine Fälle auslagern muss. Für von Wartburg Andreas war die ganze Situation sehr belastend, vor allem, weil er persönlich angegriffen wurde. Der Rückhalt aus den anderen Bereichen und vor allem aus der Geschäftsleitung Sozialdirektion hat ihn gestützt, wie er versichert hat. Support hat man auch von Stadtpräsident Berger Stefan erhalten. Er

war immer über die Vorgänge in der Sozialdirektion informiert. Man ist zuversichtlich, dass der Sozialdienst Burgdorf trotz dem grossen Know-how Verlust gestärkt aus dieser schwierigen Zeit herauskommen wird. Wenn jemand Fragen oder vertiefte Informationen möchte, kann sich an von Wartburg Andreas oder Gemeinderätin Gübeli Charlotte wenden.

SRB: 2024-743 | Registratur-Nr. 1.1.1

Orientierung; Klimastrategie

Verhandlung

Gemeinderat Bucher Theophil orientiert über die Klimastrategie. Es ist ein wichtiges Dokument entstanden und es ist richtig, dass der SR entsprechend informiert wird. Die Klimastrategie wird ab Morgen auf der Website der Stadt Burgdorf aufgeschaltet. Die Klimastrategie der Stadt Burgdorf wurde über eine längere Zeit erarbeitet, aber sie liegt nun vor. Vor ein paar Wochen hat der Gemeinderat (GR) die Klimastrategie verabschiedet. Zusätzlich liegen dem SR heute die entsprechenden Unterlagen vor. Am Projekt haben verschiedene Personen mitgearbeitet. Projektleiter war Krebs Risto, Projektleiter Nachhaltige Entwicklung. Es wurde ein Projektteam Klimaschutz und eine Begleitgruppe Klimaschutz eingesetzt. Es habe verschiedene wichtige Personen und Stakeholder im Projekt mitgemacht, die im Bereich Energie und Klima bereits viele Jahre zusammenarbeiten. Der verteilte Folder ist eine Kurzfassung mit den wichtigsten Inhalten der Klimastrategie. Der Folder soll aufzeigen, was die wesentlichsten Inhalte sind und diese grob auf den ersten Blick sichtbar machen. Mit dem Folder geht man nicht primär in die breite Öffentlichkeit. Vor ein paar Wochen hat man bereits mit diversen Bildern das Thema erwähnt. Die entsprechenden Karten wurden heute Abend ebenfalls verteilt. Die Bilder sind durch junge Künstlerinnen und Künstler der Zürcher Hochschule der Künste entstanden. Mit den Illustrationen will man ein lebenswertes Burgdorf in ein paar Jahren darstellen. Mit der Klimastrategie hat man einen Meilenstein erreicht. Vor fünf Jahren wurde die Klimaforce gestartet und eine Klimavision verabschiedet. Jetzt liegt die Klimastrategie vor, wie man in den nächsten Jahren die Schwerpunkte legt und wie die nächsten Schritte aussehen. Die Aktualität ist gegeben. Es ist zu lesen, dass das Jahr 2023 das mit Abstand wärmste Jahr seit Messbeginn war und die Monate Juni bis August 2023 die heissesten Monate seit 120 Jahren waren. Das Jahr 2024 sprengt bisher alle Rekorde. In vielen Teilen der Welt, auch bei uns, war es zu warm. Auch die Meerestemperaturen sind besorgniserregend. Die Antarktis und Grönland schmelzen. Die Wissenschaftler haben im Moment noch Mühe, dies einzuordnen. Handelt es sich um eine momentane Anomalie aufgrund von El-Niño? Es ist jedoch schwierig einzuordnen. Die Fachwelt hinkt wie immer etwas nach. Gemeinderat Bucher Theophil zeigt anhand von Darstellungen die Unterschiede der Werte von 1981 bis 2010 zu den Jahren 2023 und 2024. Was kommt da noch und wie sehen die Konsequenzen aus? Was machen die Temperaturen mit unseren ökologischen wichtigen Räumen in den Meeren und der Erde? Wie sehen die Langzeitwirkungen aus? Weitere wichtige, spannende und interessante Informationen und Berichte sind bei ProClim, Forum für Klima und globalen Wandel (<https://proclim.scnat.ch/de>) erhältlich. Wellen geworfen hat der Entscheid des Europäischen Gerichtshofes betreffend der Klage der Klimaseniorinnen. Es hat gezeigt, dass Diskussionsstoff vorhanden ist. Die übergeordneten Fakten sind klar, es gibt ein internationales Übereinkommen und eine nationale Klimastrategie, die im Jahr 2019 vom Bundesrat verabschiedet wurde mit dem Ziel Netto-Null bis ins Jahr 2050. Die Volksabstimmung bestätigte dieses Netto-Null Ziel. Es geht jetzt darum, dass jede einzelne Person im Sinn dieser übergeordneten Entscheide agiert. Die Ausgangslage in Burgdorf ist bekannt. Burgdorf ist bereits seit 1999 Energiestadt. Burgdorf hat im Jahr 2019 die Klimaforce eingesetzt. Alle Geschäfte werden auch aus Sicht der Klimarelevanz beurteilt. Diverse Massnahmen in den Bereichen Klimaschutz und Biodiversität wurden umgesetzt. Im Jahr 2019

hat der SR den Klimanotstand ausgerufen. Im Jahr 2020 wurde die KlimaVision30 erarbeitet und der GR hat diese im gleichen Jahr verabschiedet. Ein Ziel war die Klimastrategie bis Ende der Legislatur. Es wurden viele Grundlagen erarbeitet. Ein Punkt in der Klimastrategie wird hervorgehoben, nämlich die Kosten für den Klimaschutz. Es ist nicht gratis und kostet etwas, wenn man etwas in diesem Bereich machen will. Es gibt eine Kostenschätzung, die vom Paul-Scherrer-Institut erstellt wurde. Umgerechnet auf die Bevölkerung von Burgdorf wären es rund 5.5 Mio. Franken. Burgdorf müsste nicht alles selbst bezahlen. Es gibt Massnahmen, welche bereits durch Private umgesetzt werden. Es gibt Massnahmen, die vom Bund und Kanton subventioniert sind. Eine grobe Rechnung hat ergeben, dass rund 1 Mio. Franken Mehrkosten für die Stadt Burgdorf anfallen. Das Paul-Scherrer-Institut hat auch ausgerechnet, was die Folgekosten eines ungebremsten Klimawandels sind. Dabei handelt es sich gewaltige Kosten. Aufgrund der Analyse ist man auf den Absenkpfad auf dem Gemeindegebiet gekommen, der zwingend ist, weil man den Klimanotstand ausgerufen hat. Der Bund will in der Schweiz das Ziel Netto-Null erreichen. Auf dem Gemeindegebiet ist das Ausgangsjahr 2021. Bis ins Jahr 2050 müssen auf dem Gemeindegebiet die Emissionen auf Null herunterkommen. Man geht davon aus, dass 90 Prozent durch Reduktionen und 10 Prozent kompensiert werden durch Netto-Emissionen, weil man nicht alles wegbringt. Gewisse fossile Energieträger wird es auch dann noch brauchen. Im Bereich der Stadtverwaltung haben wir mehr Einfluss. Wie verlangt, will man bis ins Jahr 2030 das Ziel Netto-Null erreichen. Die Stadtverwaltung hat die Jahre 2021 und 2023 erfasst, damit ersichtlich ist, wo wir nach zwei Jahren stehen. Es ist positiv überraschend, dass man mit dem eingeschlagenen Pfad gar nicht so schlecht ist. Die bisherigen Massnahmen haben bereits vieles bewirkt. Die Emissionen aus dem Strommix sind grösser geworden. Das bedeutet, dass man mehr Solarstrom hat als noch vor zwei Jahren. Der Solarstrom hat einen höheren Co2 Anteil als der Wasserstrom. Beim Solarstrom hat man mit den vorgelagerten Emissionen mit einer Lebensdauer von 30 Jahre gerechnet. Mit den zwei E-Kehrlichfahrzeugen hat der SR auch dazu beigetragen. Man hat zwar mehr Strom verbraucht, aber es konnte Treibstoff gespart werden. Was sind die Potenziale? Das theoretische Potenzial bei lokaler, erneuerbarer Energie ist bei 100 Prozent. Bei der Mobilität wird man einmal bei 100 Prozent elektrisch sein. Beim Strom ist nach Abschätzung eine Eigenproduktion in Burgdorf von bis zu 60 Prozent möglich. Die Wertschöpfung der Energie in Burgdorf beträgt aktuell 11.5 Mio. Franken und das theoretische Potenzial beträgt 26.6 Mio. Franken. Die Stadt Burgdorf hat zwei Hauptziele. Erstens Netto-Null bis ins Jahr 2030 in der Stadtverwaltung und in stadtnahen Betrieben und Netto-Null bis ins Jahr 2050 im Stadtgebiet Burgdorf. In der Klimastrategie sind neun Grundsätze festgelegt worden und ein Massnahmenplan erstellt. Gewisse Massnahmen wurden bereits gestartet. Was sind die nächsten Schritte? Aktuell ist man an der Konstituierung der Fachgruppe Klima. Die fünfjährige Zeit der Klimaforce wird evaluiert und die Ergebnisse werden dem SR im Herbst präsentiert. Der interne Bericht ist umfangreich und hat 50 Seiten. Es wird das Tool Sustbl zur Kommunikation des Standes der Nachhaltigen Entwicklung eingeführt. Bis im Dezember 2024 wird ein Klimareglement erarbeitet, das die bisherige Spezialfinanzierung Klimaforce ablöst. Es wird zudem die Umsetzungsplanung für den Heizungsersatz bei städtischen Liegenschaften erarbeitet. Weitere laufende Arbeiten sind die Erarbeitung der Mobilitätsstrategie, die Überarbeitung des Energierichtplanes und die Erarbeitung des zweiten Teils der Klimastrategie "Klimaanpassung" bis im Herbst 2026. Krebs Risto arbeitet intensiv daran. Gemeinderat Bucher Theophil informiert über die interessante und spannende Werkbesichtigung vom 7. Mai 2024 bei der Blumer-Lehmann AG in Gossau, welche den Holzmodulbau Schlossmatt herstellt. Die Produktion der Holzmodule für Burgdorf läuft im Moment.

SRB: 2024-744 | Registratur-Nr. 2.30.2

Reorganisation Zivilschutz Region Burgdorf ZSO Futura ÄMME BE

Verhandlung

Stadtratspräsidentin Vogt Anette stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat von Arb Peter informiert über die bestehende Situation der Zivilschutzorganisation von heute. Zivilschutz ist Aufgabe der Gemeinden. Die meisten Gemeinden erfüllten diese Aufgabe bereits zusammen mit anderen Gemeinden. In der Vergangenheit sind drei Zivilschutzorganisation (ZSO) in der Region entstanden. Die drei ZSO Region Kirchbergplus, Region Burgdorf und Grauholz Nord bilden zusammen eine sogenannte natürliche Geländekammer. Sie decken eine Bevölkerung von rund 77'000 Einwohnerinnen und Einwohnern ab. Die drei ZSO haben unterschiedliche Organisationsformen. Die ZSO Region Burgdorf ist mit dem sogenannten Sitzgemeindemodell organisiert und hat rund 146 Angehörige des Zivilschutzes. Bei der ZSO Region Kirchbergplus sind zwei Verbände zusammengeschlossen mit rund 225 Angehörigen des Zivilschutzes. Die ZSO Grauholz Nord ist als Gemeindeverband organisiert und hat rund 150 Angehörige des Zivilschutzes. Zusammen haben die drei ZSO rund 500 Angehörige des Zivilschutzes. Der Personalbestand der ZSO ist in den letzten Jahren beträchtlich gesunken. Die Erhebungen des Kantonalen Amtes für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär des Kantons Bern zeigen für die nächsten Jahre einen weiteren Schwund an Angehörigen des Zivilschutzes auf. Somit sind die ZSO im Kanton gefordert, auf diese Herausforderung zu reagieren. Mit der Totalrevision des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes per 1. Januar 2021 haben die Angehörigen des Zivilschutzes nicht wie bis anhin bis zum 40. Altersjahr Dienst zu leisten, sondern insgesamt 14 Jahre oder entsprechend 245 Tage. Dies hatte ebenfalls einen Einfluss auf den Schwund der Angehörigen des Zivilschutzes. Das Amt für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär des Kantons Bern empfiehlt eine Bataillonsstruktur mit 400 bis 500 Angehörige des Zivilschutzes pro ZSO. Die drei ZSO werden aktuell durch Miliz-Kommandanten oder einem hauptamtlichen Berufskader geführt. In allen drei ZSO stehen in den nächsten Monaten und Jahren Pensionierungen oder Austritte aus dem Zivilschutz an. Erfahrungen aus anderen Zivilschutzregionen des Kantons Bern haben gezeigt, dass es schwierig ist geeignete Fachleute zu finden, um eine ZSO zu führen. Die regionale ZSO wird als öffentlich-rechtliches Unternehmen organisiert und dafür wird eine kommunale Anstalt, ein Gemeindeunternehmen mit dem Namen Zivilschutzorganisation Ämme BE, gegründet. Dazu braucht es eine Gemeinde, die als Gründungsgemeinde agiert. Die Gemeinde Kirchberg hat sich dazu zur Verfügung gestellt. Die Gründungsgemeinde wird aber gleich behandelt wie alle anderen Gemeinden. Sie schaffen die Grundlage, damit das Konstrukt aufgebaut werden kann. Der Beschluss in Kirchberg ist bereits gefällt worden und heute bereits rechts-gültig. Die Vertragsgemeinden schliessen mit dem Gemeindeunternehmen ZSO Ämme BE einen Leistungsauftrag ab. Der Grundauftrag beinhaltet folgende Leistungen: Führungsunterstützung, Kulturgüterschutz, Betreuung von schutzsuchenden Menschen, technische Hilfe bei Trümmerlagen und Elementarereignissen sowie Logistik und Verpflegung. Die Leistungen des Grundauftrages werden für alle beteiligten Gemeinden gleichermassen erbracht. Das Gemeindeunternehmen wird nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen geführt. Der Pro-Kopf-Beitrag wird zwischen Fr. 12.90 und 14.40 pro Einwohner pro Jahr betragen. Die jetzigen Beiträge betragen zwischen Fr. 14.40 und 15.72. Der Pro-Kopf-Beitrag beinhaltet auch den Betrag von Fr. 3.50 an das Ausbildungszentrum für Zivilschutz ZAR. Ab dem Jahr 2025 wird in der Startphase ein Pro-Kopf-Beitrag von Fr. 14.40 verrechnet. Dem SR liegen vier

Anträge vor. Beim ersten Antrag wird das Reglement zur Übertragung von Aufgaben des Bevölkerungsschutzes an das Gemeindeunternehmen ZSO Ämme BE mit Inkrafttreten per 1. August 2024 genehmigt. Beim zweiten Antrag ermächtigt der SR den GR, den Leistungsauftrag mit dem neu gegründeten Gemeindeunternehmen mit einem jährlichen Pro-Kopf-Beitrag von maximal Fr. 14.50 abzuschliessen. Die Anträge 1 und 2 unterliegen dem fakultativen Referendum. Beim vierten Antrag beschliesst der SR die Reglementsgenehmigung und die weiteren Schritte unter Vorbehalt der Zustimmung aller drei Gemeinden der heutigen ZSO Region Burgdorf. Die Gemeinde Oberburg hat die Gemeindeversammlung bereits anfangs Mai durchgeführt und das Geschäft wurde genehmigt. Die Gemeinde Heimiswil hat ihre Gemeindefsammlung anfangs Juni. Man geht davon aus, dass die Zustimmung erfolgen wird. Die Fragen im online Tool wurden beantwortet. Der SR wird gebeten, die Reorganisation zu unterstützen. Gemeinderat von Arb Peter dankt an dieser Stelle allen Angehörigen des Zivilschutzes für ihren Einsatz. Ein spezieller Dank geht an Rutschi Martin, Kommandant Zivilschutz Region Burgdorf, für seine gute Arbeit.

Stadtrat Maier Elias, namens der FDP-Fraktion, dankt Gemeinderat von Arb Peter für die guten Ausführungen. Die FDP-Fraktion begrüsst den geplanten Zusammenschluss und die geplante Reorganisation. Es macht absolut Sinn in diesem Bereich zusammenzuarbeiten. Wichtig ist, dass die Abstimmung mit der RFO, der Feuerwehr und dem Vorsteher der ESiD in einem Krisenfall gut funktioniert. Man denkt dabei an den Artikel 2 Absatz 3 im Reglementsentwurf, der doch weitreichende Kompetenzen vorsieht und am Gemeindeunternehmen alle hoheitliche Befugnisse überträgt. Man ist insgesamt vom Modell überzeugt. Nebst dem Effizienzgewinn wird vermutlich auch die Stadtkasse entlastet. Deshalb hofft man, dass der jährliche Pro-Kopf-Beitrag von Fr. 14.50 gesenkt werden kann und der neue Beitrag am unteren Zielband bei Fr. 12.90 festlegen könnte. Die FDP-Fraktion stimmt den vier Anträgen des GR zu.

Stadtrat Hebeisen Pascal, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass der Zusammenschluss der drei Regionen zur neuen ZSO Ämme gibt etliche Vorteile. Ein grösserer Pool an Zivilschutzleistende ermöglicht eine bessere Abdeckung der geforderten Rolle. Eine bessere Versorgung von neuen Organisationen mit Spezialmaterial. Der Pro-Kopf-Beitrag für die neue Organisation wird tendenziell eher günstiger sein als der bisherige. Wenn eine Gemeinde dem neuen Verbund nicht beitreten will, ist das nicht der Tod des ganzen Zusammenschlusses. Sich der ZSO Ämme anzuschliessen, ist für die Gemeinden ein faires Angebot mit sehr gutem Kosten-Nutzen-Verhältnis. Dass eine regional schlagkräftige ZSO absolut notwendig ist, ist für die SP-Fraktion unbestritten. Dass eine gute und funktionierende Organisation in dieser Art wichtig ist, hat der Hochwassersommer 2021 gezeigt. Die SP-Fraktion unterstützt die vier Anträge des GR.

Stadtrat Aebi Roger, namens der Mitte-Fraktion, dankt dem GR für den ausführlichen Bericht zur Reorganisation des Zivilschutzes. Im Reorganisationsprojekt FUTURA wurde diesbezüglich gute Arbeit geleistet. Das Projekt ist ausführlich beschrieben und gut dokumentiert. Es fehlen die Werte die übertragen werden und auch der Durchschnittswert des Kantons pro Kopf konnte nicht herausgefunden werden, was interessant gewesen wäre. Die Mitte-Fraktion unterstützt die Organisation der drei ZSO zu einem Gemeindeunternehmen mit dem Namen Ämme BE. Dadurch entsteht eine ZSO auf einem Gebiet mit 77'000 Einwohnenden. Der Grund für die Neuorganisation der drei autonomen ZSO ist vor allem auch strategisch gewesen. Wie heute gehört, ist es schwierig Kaderpositionen zu besetzen und genügend Personal zu rekrutieren. Zudem hat sich vor allem der Aufgabenbereich des Zivilschutzes verändert. Er ist heute primär auf Katastrophen und weniger auf Kriegssituationen ausgerichtet und leistet Einsätze zugunsten und zur Unterstützung der Bevölkerung. Der Zivilschutz soll auch bei einem Grossereignis die Ersteinsatzkräfte wie Polizei, Feuerwehr und andere Rettungskräfte unterstützen, wenn diese am Anschlag laufen. Bei einem Hochwasser an der Emme ist man froh über die tatkräftige

Unterstützung des Zivilschutzes. Die Reorganisation führt zu einer Professionalisierung des Bevölkerungsschutzes und zur Synergiennutzung. Dadurch lassen sich der personelle Engpass beim Kader beheben und auch Betriebsabläufe werden verbessert. Weiter sind auch hoffentlich finanzielle Einsparungen im Bereich Material und Fahrzeugbeschaffung sowie beim Unterhalt und Material zu erwarten. Zusammenschlüsse bergen aber auch Risiken wie zum Beispiel Verlust der Autonomie, Identität und Kultur. Diese Risiken lassen sich aber mit guter Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinden und der ZSO-Führung beseitigen. Aus Sicht der Mitte-Fraktion ist die Reorganisation des Zivilschutzes sinnvoll und die Vorteile überwiegen. Die Mitte-Fraktion wird die Anträge genehmigen.

Abstimmung

1. Der Stadtrat genehmigt das Reglement zur Übertragung von Aufgaben des Bevölkerungsschutzes an das Gemeindeunternehmen «Zivilschutzorganisation Ämme BE» mit Inkrafttreten am 1. August 2024.
2. Der Stadtrat ermächtigt den Gemeinderat, den Leistungsauftrag mit dem zu gründenden Gemeindeunternehmen «Zivilschutzorganisation Ämme BE» mit einem jährlichen Pro-Kopf-Beitrag von maximal CHF 14.50 abzuschliessen, sobald dieses seine Tätigkeit aufgenommen hat.
3. Die Beschlüsse 1 und 2 unterliegen dem fakultativen Referendum, da sich die jährlich wiederkehrenden Kosten auf über CHF 200'000.00 belaufen.
4. Der Stadtrat beschliesst, dass die Reglementsapprobation und die weiteren Schritte unter dem Vorbehalt der Zustimmung aller drei Gemeinden der heutigen Organisationsform ZSO Region Burgdorf (Sitzgemeindemodell Burgdorf mit Oberburg und Heimiswil) erfolgen. Der Anschluss erfolgt ebenfalls unter dem Vorbehalt, dass die neue Organisation zu Stande kommt, ansonsten bleibt die heutige Organisationsform bestehen.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Anträge.

SRB: 2024-745 | Registratur-Nr. 1.7.1

Auftrag FDP-Fraktion betreffend Art. 26a Abs 2b „Keine überrissene Preise für Anwohnerparkkarten“

Verhandlung

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat von Arb Peter teilt mit, dass die Parkgebühren im Rahmen des Parkplatzreglements und der Parkplatzverordnung erlassen werden. Gemäss Artikel 14 Absatz 2 des Parkplatzreglements betragen die Gebühren für Parkkarten pro Tag mindestens Fr. 10.-- und pro Monat höchstens Fr. 200.--. Gemäss Strassenverkehrsamt des Kantons Bern sind in Burgdorf rund 7'700 Personenwagen eingelöst und registriert. In der Stadt Burgdorf sind Stand November 2023 insgesamt 50 Anwohnerparkkarten eingelöst, was 0.65 Prozent aller Fahrzeughalterinnen und -halter bedeutet. Wer den Wohnsitz in einer der fünf Sektoren in der Innenstadt hat, kann eine Anwohnerparkkarte lösen. Diese berechtigt zum uneingeschränkten Parkieren auf den bezeichneten Plätzen. Die monatliche Gebühr beträgt somit rund Fr. 66.--. Die Kosten von rund Fr. 66.-- für ein uneingeschränktes Parkieren in der inneren Stadtzone darf als angemessen angeschaut werden. Dies auch unter der Berücksichtigung einer gewissen Lenkungsfunction. Der öffentliche Raum ist sehr kostbar, wird mit der zunehmenden Verdichtung nach Innen noch knapper. Deshalb ist der GR der Ansicht, dass der Raum auch besonders zu schützen ist.

Die aktuell gültigen Preise für Anwohnerparkkarten von Fr. 800.-- datieren aus dem Jahr 2011 und wurden seither nicht mehr angepasst. Die Parkgebühren bewegen sich im Rahmen des im Jahr 2011 genehmigten Reglements. Zu diesem Preisrahmen im Artikel 14 Absatz 2 des Parkplatzreglements sind beim Erlasszeitpunkt keine Beschwerden eingereicht worden. Der Preisüberwacher kann bei den zuständigen Behörden beantragen, auf eine Gebührenerhöhung zu verzichten oder eine Gebühr zu senken. Die Gemeinden und Städte sind jedoch nicht verpflichtet den Empfehlungen des Preisüberwachers zu folgen. Der Preisüberwacher berücksichtigt bei seinen Empfehlungen unter Umständen wichtige Aspekte nicht, wie zum Beispiel die Lenkungsfunktion einer Gebühr, um bestimmte Verhaltensweisen im öffentlichen Interesse zu beeinflussen. Der Stadt Burgdorf steht deshalb, immer im Rahmen der reglementarischen Vorgaben, ein relativ grosser Spielraum bei der Preisgestaltung für Parkkarten zu. Der GR hat die Gebührenstruktur im Rahmen des vorliegenden Auftrages auch in Bezug auf die Gesamtbetrachtung angeschaut. Eine Preisreduktion bei der Anwohnerparkkarte hätte auch zur Folge, dass die gut abgestimmte Gebührenstruktur angepasst werden müsste. Der GR erachtet die heutige Preisgestaltung als gut und langjährig bewährt. Die heutige Struktur entspricht den rechtlichen Vorgaben, der Nachfrage und stellt auch keine überrissene Preispolitik dar. Der GR empfiehlt somit die Ablehnung des Auftrages.

Stadtrat Grimm Jürg, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass man in Burgdorf über die Kosten für die Parkkarte eine Art Lenkungsversuch gestartet hat, ist legitim. Jedoch zeigen die vorgelegten Zahlen aus Burgdorf mehr als deutlich, dass der Versuch als gescheitert betrachtet werden muss. Es ist an der Zeit, die Sinnhaftigkeit dieser Massnahme zu hinterfragen. Stadtrat Grimm Jürg erläutert, wer von dem Lenkungsversuch nicht betroffen ist. Es sind Personen oder auch gleich mehrere, die ihr Auto vor dem Einfamilienhaus parkieren und somit zum Einkaufen in die Tiefgarage der Migros oder Coop fahren. Oder die Personen, die mit dem Lift von ihrer Wohnung in die Tiefgarage gelangen und von dort ins Fitnesscenter oder ins Restaurant fahren. Man ist der Meinung, dass die zu hohen Gebühren für Parkkarten vor allem Einkommensschwächere Personen und Familien betreffen oder Personen und Firmen, die keine andere Wahl haben. Diesen Personen wird ihr Budget durch die mangelnde Selbstreflexion der Stadt Burgdorf unnötig strapaziert. In diesem Kontext haben die Aussagen vom Preisüberwacher entgegen der Vorlage doch eine gewisse Gültigkeit. Nur weil wir etwas rechtlich machen können, gibt es uns noch lange nicht die Legitimation, dies zu machen. Nur weil die Absichten gut sind, heilt es nicht die Mittel. Weiter erachtet die FDP-Fraktion ein Lenkungsversuch in dieser Art nicht als geeignetes Mittel für Burgdorf den kostbaren öffentlichen Raum zu schützen. Wir haben im 21. Jahrhundert wirklich diverse andere städtebauliche Massnahmen zur Verfügung als einseitige Gebühren zu erheben. Insgesamt sind die hohen Kosten für Parkkarten für die FDP-Fraktion immer noch absolut unverständlich. Es ist stossend, dass der GR am gescheiterten und wirkungslosen Versuch der Lenkungsmassnahme blindlings und ohne zu hinterfragen festhält und das noch als ausgewogen bezeichnet. Das ist falsch und trifft nur einen kleinen Teil der Bevölkerung und vor allem die falschen. Die FDP-Fraktion fordert die Annahme des Auftrages und bittet den GR, seiner Verantwortung in dieser Sache bewusst zu werden.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass man das Geschäft sehr ausgiebig diskutiert hat. Es gibt verschiedene Aspekte, die dafür sprechen den Auftrag nicht abzulehnen, aber es gibt auch solche, die dagegen sprechen. Die EVP-Fraktion wird sich deshalb individuell entscheiden wie abgestimmt wird. Der Preisüberwacher, wie wir wissen, kann nur den Finger auf Sachen legen, hat leider keine Vollmachten. Man geht zum Teil mit ihm einig, dass der Betrag von Fr. 800.-- doch ein stolzer Betrag ist, obwohl dieser seit dem Jahr 2011 nicht erhöht wurde. Man hätte sich auch vorstellen können, dass man einen einheitlichen Preis für Tag- und Nachtkarte vorschlägt. Wie bereits erwähnt, sprechen einige Sachen dafür und andere dagegen. Die EVP-Fraktion wird dem Antrag nicht geschlossen zustimmen.

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass man sich dem Votum von Stadträtin Liechti-Lanz Esther anschliessen kann. Der Auftrag wurde intensiv diskutiert und Stimmfreigabe beschlossen. Persönlich möchte Stadtrat von Känel Ulrich hinzufügen, dass der Effekt der Lenkungsabgabe bezweifelt wird und die Argumentation, dass deshalb die Gebührenstruktur angepasst werden muss, ist nicht ganz nachvollziehbar. Die GLP-Fraktion ist der Meinung, dass es Punkte gibt, die für den Auftrag sprechen und andere, die dagegen sind. Deshalb wurde Stimmfreigabe beschlossen.

Stadtrat Dür Hermann, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass es zwei Seiten gibt, es gibt Argumente dafür und solche dagegen. Die SVP-EDU-Fraktion hat ebenfalls Stimmfreigabe beschlossen.

Abstimmung

Ablehnung des Auftrages.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 18 zu 16 Stimmen bei 4 Enthaltungen dem Antrag zu.

SRB: 2024-746 | Registratur-Nr. 1.7.1

Überparteilicher Auftrag GLP, Die Mitte, FDP und EVP betreffend Einführung von kostenbezogenen Kennzahlen für die Burgdorfer Verwaltung

Verhandlung

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice teilt mit, dass der überparteiliche Auftrag zur Begründung hat, dass in den letzten 15 Jahren die Verwaltungskosten der Stadt Burgdorf von 32 auf fast 40 Mio. Franken gestiegen sind, während der Sachaufwand und der übrige Betriebsaufwand bei zirka 12 Mio. Franken stabil geblieben sind. Der Personalaufwand sei in dieser Zeit um satte 7 Mio. Franken gestiegen, was ein Plus von 35 Prozent ist. Die Bevölkerung habe ein elfprozentiges Wachstum zu verzeichnen und auch die Zahlen bei den Schulkindern sind um plus 6 Prozent gestiegen. Der Grund für den Auftrag ist bessere Transparenz bei den kostenbezogenen Kennzahlen. Es ist noch ein Beispiel angemerkt, das noch interessant ist. Es geht um Kostentransparenz zum Beispiel bei der Bildungsdirektion. Im Beobachtungszeitraum ist der Personalaufwand in der Bildungsdirektion um 3 Mio. Franken, von den total 7 Mio. Franken, gestiegen. Für Aussenstehende ist es nicht nachvollziehbar, wie das begründet ist. Das ist verständlich und wird zur Kenntnis genommen. Alle Zahlen sind im Budget und in der Jahresrechnung ersichtlich. Den Durchblick zu haben, ist jedoch schwierig. Die Rechnungslegung von Budget und Jahresrechnung einer Verwaltung ist schwierig und kompliziert. Der Kanton Bern verpflichtet die Gemeinden zu 18 unterschiedlichen Kennzahlen, die man führen muss. Diese sind in der Jahresrechnung dargestellt. Die Umfrage bei anderen Gemeinden wie Langenthal, Köniz, Thun und Bern hat ergeben, dass auch dort keine weiterführenden Kennzahlen berechnet werden. In der Stadtratsvorlage ist ein Link vorhanden, der zur Direktion für Inneres und Justiz des Kantons Bern führt, bei dem alle Kennzahlen direkt nachgeschlagen werden können. Es ist nicht klar, welche Kennzahlen weitergeführt werden sollen. Man ist jedoch gewillt, dem SR eine Jahresrechnung und ein Budget zu präsentieren, das nachvollziehbar und vergleichbar ist. Vorwiegend interessieren die Personalkosten, was nachvollziehbar ist. Unschön ist, dass der GR einen abgeänderten Antrag zum Auftrag vorlegt. Es wird vorgeschlagen, damit nicht irgendwelche Kennzahlen kreiert werden und diese dann nicht dem Auftrag

entsprechen, dass eine Arbeitsgruppe gebildet wird aus allen Parteien im SR. Mit der Arbeitsgruppe sollen auf das Budget 2026 hin kostenrelevante Kennzahlen erarbeitet werden. Man ist der Meinung, dass es ein partizipativer Prozess sein muss. Den abgeänderten Auftrag würde der GR sehr gerne entgegennehmen, weil dem GR Transparenz und Vergleichbarkeit sehr wichtig ist.

Stadträtin Kalbermatten Mirjam, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass man den Auftrag lange diskutiert hat und man zum Schluss gekommen ist, dass man den Mehrwert des Auftrags nicht sieht. Im Beispiel ist von den Lehrpersonenlöhnen die Rede, diese sind jedoch gebundene Ausgaben, auf welche wir als Stadt keinen Einfluss haben. Welche relevanten Kennzahlen, die nicht bereits ersichtlich sind, sollen zusätzlich noch erarbeitet werden? Gerne lässt man sich durch die Auftraggebenden diesen Mehrwert aufzeigen. Aus den Unterlagen ist dieser, wie bereits erwähnt, nicht ersichtlich.

Stadtrat Thompson Ian, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass die SP-Fraktion den Auftrag unterstützt, auch ohne lange Auflistung von möglichen Kennzahlen. Die Kennzahlen sollen die Entwicklung der Kosten aufzeigen. Die SP-Fraktion hat auch ein Interesse an gewissen Kennzahlen. Bei den Kennzahlen geht es vor allem um die operative Führung einer Verwaltung. Wie viele Personen haben wir, wie viele Stellenprozente sind in der Verwaltung und wie haben sich diese entwickelt. Bei den 18 unterschiedlichen Kennzahlen, die vom Kanton vorgeschrieben sind, geht es hauptsächlich um die Schulden und wie diese getilgt werden können. Es soll kein Papiertiger werden und es soll auch nicht verkompliziert werden. Die Auftraggebenden sind erfreut, dass der GR das Anliegen des Auftrages erkennt und zukünftig kostenrelevante Kennzahlen als Ergänzung im Kompass geführt werden sollen. Man ist auch erfreut, dass der GR bereit ist, neue Kennzahlen zusammen mit einer Vertretung aus dem SR zu erarbeiten. Bei den 18 in der Stellungnahme aufgeführten Kennzahlen geht es hauptsächlich um Schulden und nicht um kostenrelevante Kennzahlen, die in der operativen Verwaltung als Führungsinstrument benützt, werden können. Diese Kennzahlen würden im SR auch eine gewisse Transparenz bieten. Nur die Verwaltung hat die Kontrolle über die fast 40 Mio. Franken, die sie direkt beeinflussen können. Nur durch die Darstellung der Kosten kann verwaltungstechnisch abgewogen werden, ob es Sinn macht, gewisse Kosten zu sparen. Bekanntlich sind die Bildungskosten stark gestiegen. Das Bildungswesen hat sich über die letzten 15 bis 20 Jahre verändert. Man könnte zum Beispiel mit fundierten Erwägungen über mögliche Sparmassnahmen die anderen Abteilungen überprüfen. Es sollen nicht jedes Jahr die höheren Steuereinnahmen in Burgdorf durch die erhöhten Verwaltungskosten aufgebraucht werden. Für die Ausarbeitung der neuen Kennzahlen zählt man auf die Mitarbeit der Personen in der Verwaltung mit dem nötigen Know-how. Diese müssen die Vorschläge unterbreiten und nicht der SR. Der SR ist nicht der Spezialist. Man ist erfreut über die Zusammenarbeit.

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, stimmt dem Votum von Stadträtin Kalbermatten Mirjam ein Stück weit zu. Die SP-Fraktion hat den Auftrag nicht mitunterzeichnet, dies ziemlich aus den gleichen Gründen und dazu gekommen ist zudem die sehr komplexe Tabelle. Die SP-Fraktion anerkennt, dass der Auftrag von vier Fraktionen unterzeichnet worden ist. Das Bedürfnis nach Transparenz und somit nach der Einführung von weiteren Kennzahlen ist da. Es ergibt aber nur Sinn, wenn die Zahlen und die Entwicklung richtig verstanden und interpretiert werden. Die SP-Fraktion begrüsst das vom GR vorgeschlagene Vorgehen die Gruppe Kennzahlen einzusetzen. Die SP-Fraktion wird dem abgeänderten Wortlaut geschlossen zustimmen.

Stadtratspräsidentin Vogt Anette möchte wissen, ob der abgeänderte Auftrag des GR unbestritten ist. Wenn nicht, wird über den abgeänderten Auftrag abgestimmt.

Stadtrat Merz Adrian, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass die Abstimmung formal korrekt durchgeführt werden muss. Wenn der GR einen Auftrag abändert, kann er diesen gemäss Reglement

nicht einfach abändern, sondern es ist ein Gegenvorschlag. Zuerst muss der Originalauftrag dem abgeänderten Auftrag des GR gegenübergestellt werden und im Anschluss muss abgestimmt werden, ob Ja oder Nein.

Abstimmung

Wortlaut Auftrag: 1 Stimme

Der Gemeinderat wird beauftragt, ein System von kostenrelevanten Kennzahlen zu erstellen, damit die Dienstleistungen der verschiedenen Ressorts der Verwaltung über die Jahre hinweg verglichen werden können.

Dieses System kann z.B. folgende Aspekte enthalten:

1. Anzahl der FTE (full-time employees / VollzeitmitarbeiterInnen) pro Ressort.
2. Eine einfache Übersicht des Personalaufwandes und Sach- u. übrige Betriebsaufwand pro Ressort nach den wesentlichen Aufgaben aufgeschlüsselt.
3. Weitere Kennzahlen pro Ressort, die einen wesentlichen Einfluss haben auf den Personalaufwand sowie Sach- u. übrige Betriebsaufwand. Wir erachten es als wichtig, dass die einzelnen Ressorts weitere (nur wenige, dafür wichtige) Kennzahlen definieren und darlegen.

Für die Erhebung dürfen keine zus. Personen angestellt oder neue IT-Tools beschafft werden. Die Kennzahlen sollen aus den bestehenden EDV-Systemen als Nebenprodukt anfallen und in geeigneter Form den Interessenten zugänglich gemacht werden.

abgeänderter Auftrag GR: 37 Stimmen

Mit einer Gruppe «Kennzahlen» gebildet aus allen Parteien aus dem Stadtrat werden auf das Budget 2026 hin kostenrelevante Kennzahlen erarbeitet und im Kompass zum Budget und zum Geschäftsbericht veröffentlicht.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 37 gegen 1 Stimmen dem abgeänderten Auftrag des Gemeinderates zu.

Abstimmung

Annahme mit abgeändertem Auftrag

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 33 Ja und 4 Nein Stimmen bei 1 Enthaltung dem Antrag zu.

SRB: 2024-747 | Registratur-Nr. 1.7.1

Auftrag glp betreffend Finanz Masterplan 2030

Verhandlung

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice teilt mit, dass man bis jetzt einen Aufgaben- und Finanzplan vorliegen hatte, bei dem die Situation der nächsten vier Jahre skizziert wurde. Die Auftraggebenden sagen mit Recht, so wie eine längerfristige Planung bezüglich der Bauprojekte, erwähnt werden die Schulraumplanung und B.move, müsste im Gleichschritt auch eine längerfristige Planung über die finanzielle Entwicklung der Stadt Burgdorf bestehen. Es wird sogar vorgeschlagen, dass man Varianten

erarbeitet. Für den GR kommt eine Variante nicht in Frage, weil eine Planung über 10 Jahre bereits weit und komplex ist. Wenn jetzt noch Varianten eingebaut werden, sind diese pessimistisch, realistisch und optimistisch. Bei den Finanzen ist es wichtig, realistisch zu sein. Auch wenn ein Finanzmasterplan über 10 Jahren vorgelegt wird, ist es wichtig, dass dieser realistisch ist. Der GR legt einen abgeänderten Auftrag vor. Bereits an der Informationsveranstaltung vom 26. August 2024 soll dem SR ein Finanzmasterplan vorgelegt werden. Dieser wurde bereits erarbeitet. Es wurde eine Planung für die Jahre 2025 bis 2034 vorbereitet. Der Finanzmasterplan soll jährlich an der Informationsveranstaltung dem SR zur Kenntnis vorgelegt werden. Der GR bittet um Annahme des abgeänderten Auftrages. Der Auftrag könnte eigentlich bereits abgeschrieben werden, aber der SR möchte sicher zuerst sehen, ob die Hausaufgaben gemacht wurden.

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, dankt dem GR für die Antwort. Man kann mit dem abgeänderten Auftrag leben. Aus formellen Gründen wird der originale Wortlaut zurückgezogen, so dass nur noch über den abgeänderten Auftrag des GR abgestimmt werden muss. Natürlich wäre es der GLP-Fraktion lieber gewesen, den Originalauftrag in seiner ganzen Breite umzusetzen, aber man interpretiert die Abänderung des GR so, dass es darum geht einen pragmatischen Ansatz zu finden. Auch im Sinn von personellen Ressourcen soll es gut händelbar sein. Oder auch nach dem Motto, lieber etwas weniger, dafür aber robust und qualitativ gute Zahlen. Wichtig ist aber, dass die Absicht hinter dem Auftrag erreicht werden kann. Es soll eine Gesamtshow über die geplanten Investitionen sein damit man weiss, was alles noch kommt, und zwar in einer langfristigen Perspektive. Die Verpflichtungen, welche man eingegangen ist, aber auch neue Verpflichtungen, welche noch kommen könnten, sollen berücksichtigt werden. Es sollen die voraussichtlich möglichen Einnahmen und Ausgaben abgebildet werden, und man soll vor allem die Frage beantworten können, was es braucht, damit ein ausgeglichenes Budget erreicht werden kann. Was wir danach mit den Zahlen machen, liegt am SR, der darüber diskutiert und einen politischen Entscheid fällt. Es wird dem SR leichter fallen, Entscheide zu fällen, wenn es rein Zahlen und Fakten basierend stattfindet. Die GLP-Fraktion dankt für die Unterstützung des Auftrages.

Stadtrat Dür Hermann, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass es ein guter Auftrag der GLP-Fraktion ist, wie auch der abgeänderte Auftrag des GR. Die Finanzen der Stadt Burgdorf sind ein zentrales Anliegen und ein Sorgenkind, deshalb kommt dieser Auftrag gelegen, damit man einen Überblick erhält. Man hat das Gefühl, dass sehr viel mehr vom Finanziellen her auf uns zukommt als es die Traktandenliste des SR widerspiegelt. Man möchte auf einen Punkt aufmerksam machen, an dem man es jedoch nicht scheitern lässt. Es steht, dass der GR bei den geplanten Investitionen mit Folgekosten auf eine Darstellung verzichten will. Das ist ein bisschen kritisch. Wenn man die Folgekosten bei Investitionen komplett weglässt, dann bekommt man ein falsches Bild. Man geht davon aus, dass im Absatz weiter oben das wiedergegeben ist, das hoffentlich gemeint ist. Es steht, dass man nicht ein Szenario aufzeigen will, sondern man will einen realistischen Finanz- und Masterplan, der die bekannten Veränderungen enthält. Mit dieser Aussage kann man leben. Im Finanzmasterplan müssen die bekannten Veränderungen inklusive Folgekosten einfließen. Es muss ein realistischer Finanzmasterplan und nicht ein geschönter erstellt werden. In diesem Sinn wird die SVP-EDU-Fraktion dem Auftrag zustimmen.

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass man hier keine Finanzdebatte führen will, diese wird im Juni folgen. Die FDP-Fraktion dankt dem GR, dass dieser Auftrag unterstützt wird. Es macht den Anschein, dass auch dem GR klar wurde, dass es gilt nach den jahrelangen sorglosen Argumentationen zum Stand des Finanzhaushaltes, dass man nun Farbe bekennen muss, weil die Neubewertungsreserve von jährlich 5.4 Mio. Franken irgendwann ausläuft, was keine Überraschung ist. Jetzt merkt man, dass man langsam an diesen Punkt kommt. Allgemein wird bemerkt, dass dieser Auf-

trag nach einem Finanzmasterplan bis 2030, aber auch die vorhergehende Vorlage nach den aussagekräftigeren Kennzahlen, und später noch die Interpellation der SP-Fraktion betreffend der Glaubwürdigkeit im Budgetprozess, Ausdruck von Unbehagen im SR sind. Es ist zwingend, dass wir mit all den Massnahmen die Finanzen in den Griff bekommen und genauer hinschauen. Bei der Budgetdiskussion hat Stadtrat Kämpf Jürg eine Zahl in den Raum gestellt. In den letzten sieben Jahren hat die Stadt Burgdorf sieben Mio. Franken Steuererträge eingenommen und davon sechs Mio. Franken wieder für den Personalaufwand ausgegeben. Deshalb muss auch bei den strukturellen Positionen hingeschaut werden. Es liegt nun Dringlichkeit vor, nämlich mit einer Prioritätsmassnahmenplanung anzufangen, eventuell sogar mit einer Verzichtsplanung, damit man heute und vor allem für die nächsten fünf Jahre Gewissheit bekommt, wie wir die Herausforderungen für alle die bekannten Projekte meistern wollen. In diesem Sinn ist es ein Schritt in die richtige Richtung. Die FDP-Fraktion wird dem Antrag zustimmen.

Stadträtin Blume Tanja, namens er SP-Fraktion, teilt mit, dass die GLP-Fraktion bereits mitgeteilt hat, dass sie den ursprünglichen Wortlaut zurückzieht und dem abgeänderten Auftrag des GR zustimmt. Die SP-Fraktion ist gleicher Meinung. Den ursprüngliche Wortlaut hat man nicht besonders gut gefunden, weil man der Meinung ist, dass eine Stadt nicht unbedingt einen Haushaltsüberschuss erreichen muss, sondern viel mehr Investitionen tätigen, die der ganzen Bevölkerung in Burgdorf hilft. Genau dafür ist eine langfristige Planung etwas Gutes. Deshalb wird die SP-Fraktion dem Antrag des GR zustimmen.

Abstimmung

abgeänderter Auftrag GR

Auf die Informationsveranstaltung im Stadtrat vom 26. August 2024 hin wird ein Finanz Masterplan 2030 erarbeitet und eine MIP Übersicht über die nächsten 10 Jahre (2025-2034) erstellt und präsentiert. Die Berechnungen werden jährlich auf die Informationsveranstaltung des Stadtrates hin aktualisiert und dem Parlament zur Kenntnis gebracht.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt einstimmig dem abgeänderten Auftrag des Gemeinderates zu.

SRB: 2024-748 | Registratur-Nr. 1.7.1

Motion FDP-Fraktion betreffend Anpassung der GO: Senkung der Unterschriftenzahl für städtische Initiativen

Verhandlung

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass der GR klar der Meinung ist, dass diese Motion entgegengenommen werden kann. Das Anliegen kann diskutiert werden. Im Vergleich zu anderen Städten hat Burgdorf hohe Hürden für ein Referendum. Wer schon einmal eine Initiative durchgeführt hat, weiss wie lange es dauert, bis die nötigen Unterschriften vorhanden sind, die schlussendlich beglaubigt sind. In diesem Sinn nimmt der GR die Motion gerne entgegen. Es wird versucht, das Anliegen entsprechend umzusetzen. Man schaut, ob es eventuell noch Alternativen dazu gibt. Sind die 1'000 Unterschriften die richtige Zahl oder nicht. Es wird eventuell nicht wortgerecht umgesetzt, aber im Sinne der Motion wird ein passender Vorschlag gemacht. Diese Anpassung der GO wird zusammen mit weiteren folgenden Anpassungen umgesetzt. Diese sollen in der nächsten Legislatur bearbeitet und zur Abstimmung gebracht werden. Der GR dankt für die Unterstützung der Motion.

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion teilt mit, dass man den Antrag unterstützt beziehungsweise die Annahme der Motion. Stadtpräsident Berger Stefan hat es bereits gesagt, die Hürde in Burgdorf zum Zustandekommen einer Gemeindeinitiative ist extrem hoch. Gemerkt hat es die SP-Fraktion selbst bei der Unterschriftensammlung für die Gemeindeinitiative für bezahlbares Wohnen in Burgdorf. In der SP-Fraktion hat man diskutiert, ob 1'000 die richtige Zahl ist. Grundsätzlich ist man der Meinung, dass eine tiefere Unterschriftenzahl die Beteiligung der Einwohnenden am politischen Prozess erhöhen könnte. Durch eine niedrigere Hürde haben mehr Menschen die Möglichkeit sich aktiv einzubringen und ihre Anliegen zu vertreten. Das führt wiederum zu einer vielfältigeren und lebendigeren Demokratie. Die SP-Fraktion behält sich vor, wenn es zur GO Abstimmung kommt, die Anzahl von 1'000 nochmals zu hinterfragen. Die SP-Fraktion wird aber dem Antrag so zustimmen.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass man dem Antrag zustimmen wird. Stadträtin Bannwart Gabriela hat es bereits gesagt, dass man sich mit einer tieferen Unterschriftenanzahl einen demokratischen Prozess in der Bevölkerung wünscht.

Stadtrat Maier Elias, namens der FDP-Fraktion, dankt dem GR für die rasche Behandlung und die Empfehlung zur Annahme der Motion. Wie beschrieben bringt eine Lösung mit einem festen Quorum von 1'000 Unterschriften auch Klarheit wie viele Unterschriften effektiv gesammelt werden müssen. Mit einer Prozentzahl ändert sich dies laufend. Es gibt aber auch vor allem eine Erleichterung bei der Zahl der notwendigen Unterschriften wie auch beim Aufwand in der Stadtverwaltung zur Beglaubigung. Selbstverständlich wird es auch unterstützt, wenn diese Zahl tiefer angesetzt wird. In Langenthal sind es 900 Unterschriften. Bei einer allfälligen GO Revision kann eine geeignete Zahl gefunden werden. Man teilt auch die Meinung, dass die Anpassung der GO zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen kann. Man hofft jedoch, dass es bis spätestens im Jahr 2028 erfolgt. In diesem Sinn bedankt sich die FDP-Fraktion für die Annahme der Motion.

Abstimmung

Annahme.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig den Antrag.

SRB: 2024-749 | Registratur-Nr. 1.7.1

Motion Grüne Burgdorf betreffend Geschlechtseinträge in städtischen Formularen

Verhandlung

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass man sich in der Verwaltung beim gestellten Thema bewusst ist. Die Motion ist aber das falsche Instrument. Wenn es um städtische Formulare geht, liegt das in der Kompetenz der Verwaltung und nicht beim SR. Bei den Formularen wird man das Thema im Zusammenhang mit der digitalen Transformation und den neuen Prozessen berücksichtigen und das Schwergewicht darauf legen. Was man nicht beeinflussen kann, ist was in übergeordneter Stufe gemacht wird betreffend den Geschlechtereintragungen bei den Formularen. Man ist darauf angewiesen, was auf Stufe Bund und Kanton passiert. In diesem Sinn kann der GR die Motion nicht annehmen. Der GR würde das Anliegen als Postulat entgegennehmen, aber weil sich die Verwaltung bereits stark mit der Thematik beschäftigt, soll das Postulat gleichzeitig abgeschrieben werden. Die Verwaltung ist sich des Themas bewusst.

Stadtratspräsidentin Vogt Anette möchte von den Motionären wissen, ob sie der Umwandlung der Motion in ein Postulat zustimmen oder nicht.

Stadtrat Hedinger Christian, namens der Grüne-Fraktion teilt mit, dass man der Umwandlung in ein Postulat zustimmt.

Stadträtin Müller Vicky, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass es wichtig ist, dass es nicht um massvolle Regelungen für alle geht, sondern darum, dass die Regeln auch für non-binäre Menschen stimmen. Alle anderen können sich immer noch mit Frau oder Herr anschreiben lassen und werden somit keine Änderungen erfahren. Die Grüne-Fraktion stimmt der Annahme als Postulat und der gleichzeitigen Abschreibung zu. Man wird sich vergewissern, dass die Drittgeschlechtsoption oder diverse und neutrale Anrede so weit wie möglich umgesetzt wird.

Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass der Mensch im Zentrum steht und jede Person wird als Mensch wahrgenommen, losgelöst von seiner Geschlechtszugehörigkeit. Es soll jeder Mensch sein, was er möchte, und soll das auch leben können. Die SVP-EDU-Fraktion kann dem Postulat zustimmen.

Abstimmung

Annahme als Postulat und gleichzeitige Abschreibung.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 37 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung dem Antrag zu.

SRB: 2024-750 | Registratur-Nr. 1.7.1

Postulat EVP Burgdorf betreffend zusätzliche Briefkästen für Stimmabgabe oder vorfrankierte Abstimmungscouverts

Verhandlung

Gemeinderat von Arb Peter teilt mit, dass es im Jahr 2021 bereits verwaltungsintern geprüft wurde, ob vorfrankierte Abstimmungscouverts eingeführt werden sollen. Aus Sparmassnahmen hat man es verworfen. Man hat auch einen Vergleich mit anderen Gemeinden und Städten in der Grösse von Burgdorf gemacht. Man ist zur Überzeugung gekommen, dass man darauf verzichten will. Mittlerweile ist es aber so, dass gewisse vergleichbare Gemeinden das eingeführt haben, wie zum Beispiel Spiez und Steffisburg. Auch Bern hat es eingeführt oder wird es noch einführen. Man stellt in Burgdorf fest, dass wenige nicht frankierte Couverts zurückkommen bei den Wahlen und Abstimmungen. Es ist auch nicht bekannt, dass aus der Bevölkerung das Bedürfnis spezifisch vorhanden wäre und man entsprechende Couverts vorfrankiert oder zusätzliche Briefkästen anbietet. Man geht auch davon aus, dass eine merkliche Erhöhung der Stimmbeteiligung zu erwarten wäre. Im Internet sind Studien zu finden, wie zum Beispiel von der Uni Freiburg, die das Thema ziemlich breit angeschaut hat. Die Studie kommt zu 1.8 Prozent höhere Stimmbeteiligung aufgrund von vorfrankierten Couverts. Die Uni Zürich spricht von 1.3 Prozent. Trotz den aufgeführten Vorbehalten ist der GR bereit, das Postulat zu prüfen. Die Massnahme könnte Personen dazu animieren, abzustimmen und zu wählen. Jede Erhöhung der Stimmbeteiligung ist auch eine Stärkung der Demokratie. Auch wenn der Sprung nicht allzu gross ist. Andererseits kann man sagen, dass die Leute belohnt werden, welche stets an den Abstimmungen und Wahlen

teilnehmen und das Couvert, ohne zu frankieren zurückschicken können. Diese Massnahme ist aber mit gewissen Kosten verbunden. Man geht von vier Urnengänge pro Jahr aus. Die entsprechenden Mehrkosten belaufen sich auf rund Fr. 20'000.--. Dieser Beitrag müsste beim Budget entsprechend genehmigt werden. Der zweite Teil des Postulates betreffend der zusätzlichen Briefkästen ist aus Sicht des GR nicht gegeben. Eine solche Lösung ausserhalb von Verwaltungsräumlichkeiten ist nicht praktikabel aufgrund von Vandalismus und Kontrollen. Der GR ist bereit, die Einführung von vorfrankierten Couverts zu prüfen. Der genaue Einführungszeitpunkt muss vom GR oder SR noch festgelegt werden, dies mit der Annahme des Betrages im Budget. Der GR empfiehlt die Annahme des Postulates und der gleichzeitigen Abschreibung.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, unterstützt das Postulat der EVP. Man ist der Meinung, dass die Stärkung von unseren demokratischen Prozessen unterstützt werden soll. Auch wenn die Daten nicht klar zeigen, ob mit vorfrankierten Couverts eine Erhöhung der Stimmbeteiligung erreicht werden kann. Dies ist nicht alleine massgebend. Es ist auch eine Massnahme, damit die Stimmbeteiligung nicht sinkt. Für die SP-Fraktion ist es vor allem eine Belohnung für die Personen, welche sich an Abstimmungen und Wahlen beteiligen. Man kann jetzt sagen, der GR hat das Anliegen geprüft, deshalb kann das Postulat abgeschrieben werden. Der GR hat einen Vorschlag in die Antwort gepackt, was man konkret noch prüfen soll. Der GR vertritt die Ansicht, dass eine Vorfrankierung für die Wahl- und Abstimmungscouverts für die Rücksendung geprüft werden soll. Dies ändert die Situation. Deshalb will die SP-Fraktion das Postulat der EVP aufrechterhalten bis der Vorschlag des GR auch ins Budget integriert worden ist. So braucht es auch keinen neuen Auftrag, der vorfrankierte Couverts fordert. Die SP-Fraktion unterstützt das Postulat, lehnt eine allfällige Abschreibung ab.

Stadtrat Hirschi David, namens der EVP-Fraktion, dankt dem GR für die detaillierte und schnelle Antwort zum Postulat. Man ist erfreut, dass in Zukunft geprüft wird, ob man vorfrankierte Couverts einführen will. Es ist jedoch nicht nachvollziehbar, wie bereits von der SP-Fraktion gehört, warum das Postulat gleichzeitig abgeschrieben werden soll. Die EVP-Fraktion möchte die Aufrechterhaltung des Postulates.

Stadträtin Fankhauser Claudia, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass man das Postulat besprochen hat. Aufgrund der Annahme, dass eine merkliche Erhöhung der Stimmbeteiligung in beiden Fällen nicht eintreffen wird, ist man der Meinung, dass zusätzliche Standorte in Form von zusätzlichen Briefkästen wenig Sinn macht. Die aktuellen Verhältnisse genügen. Die Idee der vorfrankierten Couverts, die auf Kosten der Stadt Burgdorf finanziert werden sollen, findet man grundsätzlich gut, wird aber trotzdem abgelehnt. Dies aus dem Grund, weil die finanzielle Lage der Stadt Burgdorf angespannt ist und nicht noch zusätzlich belastet werden soll. Deshalb wird der Antrag abgelehnt.

Stadtrat Merz Adrian, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass man das Postulat ausführlich und kontroverser als nötig diskutiert hat. Der Auftrag der EVP fordert die Prüfung des Anliegens. Man schliesst sich dem Votum von Stadtrat Käsermann Fabian an, wenn in der Vorlage steht, dass der GR der Ansicht ist, dies zu prüfen. In diesem Fall kann der Vorstoss nicht abgeschrieben werden, weil das Anliegen nicht erfüllt ist. Deshalb soll bei der Abstimmung die Annahme und Abschreibung in zwei Schritten erfolgen. Beim Anliegen betreffend den vorfrankierten Couverts stellt sich eine Frage. In der Vorlage steht, dass der Einführungszeitpunkt mit dem Budget genehmigt wird. Man geht davon aus, dass Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice nicht Freude hat, wenn der SR diese Fr. 20'000.-- streichen will. Deshalb ist man der Meinung, so wie es vorliegt, dass es nicht ganz klar ist. Wenn das Postulat angenommen wird, wird der GR das Anliegen prüfen und den SR entsprechend informieren oder wird der GR das Anliegen nach der Prüfung direkt ins Budget einfliessen lassen. Wenn im Budget der Beitrag erfasst wird und der SR dies nicht möchte, hätte man das Problem, dass das Budget abgelehnt werden

müsste, was nicht im Interesse des SR sein kann. Da es nicht ganz klar ist, hat die Grüne-Fraktion Stimmfreigabe beschlossen.

Gemeinderat von Arb Peter teilt mit, dass die Abstimmung in zwei Schritten erfolgen muss, also abstimmen über die Annahme und Abschreibung. Das kann so gemacht werden. Der GR wird das Anliegen prüfen und der Einführungszeitpunkt ist noch nicht festgelegt.

Stadtrat Merz Adrian, namens der Grüne-Fraktion, möchte wissen, ob der GR das Anliegen prüft und dann mit den Fr. 20'000.-- eingeführt wird. Kann der SR noch Ja oder Nein dazu sagen?

Gemeinderat von Arb Peter teilt mit, dass die Fr. 20'000.-- klar sind, aber der Einführungszeitpunkt noch nicht und dieser wird entsprechend überprüft. Es ist noch offen, in welchem Jahr es umgesetzt wird. Die Umsetzung des Anliegens erfolgt nach dem heutigen Beschluss des SR.

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass es ein ehrenwertes Ziel ist und anerkannt wird. Der Aufwand und Ertrag stehen aber in einem Missverhältnis. Die GLP-Fraktion wird das Postulat deshalb ablehnen. Wenn es einem nicht Wert ist abzustimmen, das Couvert zu frankieren oder bei der Gemeinde abzugeben, dann gibt es ein Fragezeichen bei denen, die sagen, deswegen geht man nicht abstimmen. Irgendwo muss die Grenze gemacht werden. Die Fr. 20'000.-- sind es nicht Wert für die 1.5 Prozent potenziell höhere Stimmbeteiligung.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP-Fraktion, nimmt Stellung zu den Aussagen, es sei es nicht Wert. Es gibt Leute, welche keine Briefmarken zuhause haben. Es mag lapidar erscheinen, etwas mit 90 Rappen zu frankieren oder nicht. Der Aspekt, dass man in diesem Sinn der Bevölkerung ein vorfrankiertes Abstimmungscover zur Verfügung stellt von Seiten der Stadt Burgdorf, ist im gesamten des Budgets mit den Ein- und Ausgaben pro Jahr gerechtfertigt. Es soll ein Merci an die abstimmende Bevölkerung von Burgdorf sein.

Abstimmung

Annahme des Postulats.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt mit 21 zu 17 Stimmen das Postulat ab.

SRB: 2024-751 | Registratur-Nr. 1.7.1

Interpellation SVP/EDU-Fraktion betreffend Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit in den städtischen Budgetierungs- und Informationsprozessen

Verhandlung

Stadtrat Dür Hermann, namens der SVP-EDU-Fraktion, kann die Stellungnahme in drei Punkte zusammenfassen. Erstens ist es zu einer Kommunikationspanne gekommen. Der SR ist am 28. November 2023 überrascht worden durch die Nachtragskredite, die gestellt wurden. Der SR glaubte, als man das Budget am 6. November 2023 besprochen hat, dass alles offengelegt wurde, womit man im Budgetjahr zu rechnen hat. Das war aber nicht der Fall. Zweitens, dank der Interpellation konnten die Ursachen aufgeklärt werden. Der Zeitfaktor hat offenbar eine Rolle gespielt. Die Darstellung der Zahlen und Risiken spielten eine Rolle sowie die Absicht des GR die Mehrzweckhalle, das Casino und Eishalle

gleichzeitig zu behandeln, was rückblickend verständlich ist. Es hatte aber die unbeabsichtigte Konsequenz, dass sich der SR nicht bewusst war, dass noch etwas auf uns zukommt. Es gibt zudem unterschiedliche Auffassungen über den Inhalt des Budgets. Die meisten im SR sind wohl der Auffassung, dass praktisch alles eingeschlossen ist, womit man rechnen muss. Der GR weist darauf hin, dass nur die bewilligten Beträge im Budget sind. Der dritte und wichtigste Punkt ist, dass der GR eine Optimierung im Prozess für die Budgetierung vorsieht. Gemäss Vorlage wird der GR in den Instrumenten Budget und Aufgaben- und Finanzplan inskünftig darauf hinweisen, welche wesentlichen Geschäftsfälle noch zu wenig konkret und/oder bezifferbar sind. Damit werden wir das Wissen haben, das wir wollten. Mit einer einfachen Interpellation konnte das Ziel erreicht werden, das man angestrebt hat. In diesem Sinn erklärt man sich mit der Antwort befriedigt und dankt für die Erklärung sowie insbesondere für die versprochene Abhilfe.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

SRB: 2024-752 | Registratur-Nr. 1.7.1

Interpellation FDP-Fraktion betreffend Handhabung der Ausstandspflicht im Burgdorfer Gemeinderat

Verhandlung

Stadtrat Maier Elias, namens der FDP-Fraktion, dankt dem GR für die Beantwortung der Fragen mit der kleinen Auswertung und den entsprechenden Geschäften. Man ist jedoch von der Antwort nur teilweise befriedigt. Namentlich aufgrund der Antwort zur Frage 3. Man nimmt erfreut zur Kenntnis, dass die Ausstandsregelung im GR im grossen und ganzen funktioniert, wie das Beispiel von Gemeinderat Rappa Francesco beim Schwingfest zeigt und er in Ausstand getreten ist. Positiv aufgefallen ist auch, dass Gemeinderat Bucher Theophil bei den eigenen intact Geschäften korrekterweise in Ausstand getreten ist. Deshalb erstaunt jedoch, dass dies beim Schlösliareal Geschäft nicht der Fall war, weil ein Ausstand bereits beim Anschein einer Befangenheit angezeigt ist. Die Antwort zur Frage 3 ist eine gute Ausrede. Ein Ausstand muss aus Sicht der FDP-Fraktion für die ganze Behandlung eines betroffenen Geschäftes gelten. Also auch für alle anderen Sitzungen, von der ersten bis zur letzten. Gemäss der Überbauungsordnung war offensichtlich, dass es bei diesem Geschäft um eine bewachte Velostation geht. Bei einem korrekten Ausstand hätte Gemeinderat Bucher Theophil als Geschäftsführer der Stiftung intact das Geschäft im SR weiter erläutert und die bewachte Velostation verteidigt respektive hätte es auch keine Absprache und Einsicht in das Geschäft geben sollen. Dies auch mit dem Hintergrund, dass in der Vorlage die freihändige Vergabe an intact explizit vorgesehen war. Zum guten Glück hat der SR die bewachte Velostation abgelehnt. Vielleicht denkt man jetzt, dass die FDP-Fraktion mühsam ist, aber auf der einen Seite verlangt der SR von allen Parteien die komplette Transparenz bei Parteifinanzien und Wahlkampffinanzierung. Im SR gibt es keine Ausstandspflicht und der Entscheidungsspielraum ist nicht wirklich gross, vor allem für kleinere Parteien. Auf der anderen Seite, wenn im GR grosse Geldbeiträge gesprochen werden oder Projekte vorgeschlagen werden zuhanden des SR, wird viel auch freihändig vergeben und dann ist plötzlich die Frage der Interpretation, ob es eine Ausstandspflicht hätte geben sollen oder nicht, nicht mehr klar. Das ist unverständlich. In diesem Sinn hofft die FDP-Fraktion, dass die Interpellation zur Thematik sensibilisiert. Als FDP-Fraktion und Oppositionspartei wird man bei künftigen Geschäften im Sinn der Gewaltentrennung sicher genau hinschauen.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme teilweise befriedigt.

SRB: 2024-753 | Registratur-Nr. 1.7.1

Interpellation FDP-, Mitte-, SVP-EDU- und GLP-Fraktion betreffend SBB-Spartageskarten noch zeitgemäss und sinnvoll?

Verhandlung

Stadtrat Schärf Philipp, namens der GLP-Fraktion, dankt dem GR für die rasche Beantwortung. Die GLP-Fraktion ist mit der Antwort befriedigt. Grundsätzlich anerkennt man den Nutzen für Personen, die nicht digital unterwegs sind und die Nachfrage ist da, zwar nicht in einem immensen Ausmass, wie man lesen konnte. Es stellt sich jedoch die Frage, ob es verhältnismässig stimmt mit Kosten und Nutzen. Der initiale Aufwand aufgrund der Personalisierung ist relativ hoch und hat bereits zu vielen Stunden bei der Stadtverwaltung geführt bei einer geringen Kommission. Die GLP-Fraktion empfiehlt deshalb, falls der Aufwand für die Verwaltung nicht sinkt und oder die Nachfrage in einem eher bescheidenen Rahmen bleibt, andere Optionen in Betracht zu ziehen. Vielleicht kann man dies direkt bei der SBB machen oder bis zur Kündigung des Angebotes abklären. Grundsätzlich bedankt sich die GLP-Fraktion bei der Stadt Burgdorf für die Bemühungen in dieser Sache, auch eine Dienstleistung für Personen bereit zu stellen, die nicht digital unterwegs sind.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

SRB: 2024-754 | Registratur-Nr. 1.7.1

Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Verhandlung

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse und Aufträge eingereicht:

- Auftrag Grüne Burgdorf betreffend Weiterentwicklung Radwegring
- Postulat SP-Fraktion betreffend Einführungen von Massnahmen gegen invasive Neophyten
- Dringliche Interpellation Die Mitte, EDU, FDP, GLP, SVP, Annemarie Althaus (SP), Viktoria Müller (Grüne) betreffend Finanzierung und rechtzeitiger Bau von genügend Volksschulraum (Das Stadtratsbüro stimmte der Dringlichkeit zu.)

Stadtratspräsidentin Vogt Anette teilt mit, dass im Hotel Stadthaus für den Schlummertrunk reserviert ist.

Burgdorf, 29. Mai 2024

Namens des Stadtrates



Anette Vogt
Stadtratspräsidentin



Brigitte Henzi
Protokollführerin